

STELLENAUSSCHREIBUNG

(Az: 2300E-I.1-994/21)

In der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

einer Projektreferentin/eines Projektreferenten (m/w/d) für Europa/Internationales im Referat 2 – Veranstaltungen –

befristet bis zum 31. Dezember 2024 in Vollzeit zu besetzen.

Das Referat 2 – Veranstaltungen – ist eine der zentralen Stellen der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Das Referat organisiert u.a. Abendveranstaltungen, Seminare, Studienreisen, Exkursionen, Filmabende, Workshops und Konferenzen und deckt verschiedene Fachthemen wie Zeitgeschichte, Wirtschaft, Europa/Internationales und Innenpolitik/Zivilgesellschaft ab. Die ausgeschriebene Stelle soll eine der thematischen Säulen des Referats abdecken.

Mit dieser Projektstelle soll die besondere Rolle Sachsens im europäischen und internationalen Kontext beleuchtet werden. Die Stelle ist sachgrundbefristet als Projekt der politischen Bildung.

Der europapolitischen und internationalen Bildung kommt in einem „Europa der Regionen“ und einer global vernetzten Wirtschaft eine immer größere Bedeutung zu. Auch die einzelnen Bürger, Unternehmen und die Zivilgesellschaft können sich den Wechselwirkungen internationaler Entwicklungen nicht entziehen, wie das beispielsweise globales Marktgeschehen, transnationale Migrationsereignisse und die weltweite Veränderung politischer Kulturen spiegeln. Dazu gehört ebenfalls, dass aktuelle politische Entwicklungen in der EU, Reaktionen in den Mitgliedsstaaten sowie die Folgen für die Bürger dargestellt und in größere Zusammenhänge gebracht werden. Diese komplexe Gemengelage gilt es, für die politische Bildung in Sachsen zu reflektieren und didaktisch fruchtbar zu machen. Deshalb sollen Netzwerke gepflegt oder neu aufgebaut werden, in denen sich Politiker, der öffentliche Sektor (wie z.B. Schule, Hochschule, Polizei, Kultureinrichtungen) sowie zivilgesellschaftliche Akteure (bilaterale Gesellschaften, Akteure der Städtepartnerschaften, europäische Vereinigungen) für die Stärkung des europäischen Gedankens einsetzen. Gerade in Sachsen kommt der Pflege der Beziehungen zu Polen und Tschechien besondere Bedeutung zu.

Die Tätigkeit umfasst insbesondere folgende Aufgaben:

- Aufbau und Pflege von Netzwerken zu Politik, Verwaltung und anderen öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Hochschulen, Polizei, Kultur-

Soweit Sie die nebenstehenden Voraussetzungen erfüllen, bitten wir bis zum 10. Januar 2022 um Zusendung Ihrer aussagefähigen und vollständigen Bewerbungsunterlagen unter Angabe des Aktenzeichens 2300E-I.1-994/21

an das

**Sächsische Staatsministerium
der Justiz und für Demokratie,
Europa und Gleichstellung**
-Referat I.1-
Hansastraße 4
01097 Dresden.

oder per E-Mail an:

poststelle@smj.iustiz.sachsen.de

Als Ansprechpartnerin steht Ihnen
Frau Elisabeth Alt
Tel.: 0351/564-16119
zur Verfügung.

reinrichtungen, zu zivilgesellschaftlichen Akteuren (bilaterale Gesellschaften, Akteure der Städtepartnerschaften, europäische Vereinigungen) sowie die europäische Netzwerkarbeit mit Schwerpunkt auf der Pflege der Beziehungen zu Polen und Tschechien,

- selbstständige Konzeption, Organisation, fachinhaltliche Begleitung der Durchführung und analytische Nachbereitung von Veranstaltungen der politischen Bildung in den Bereichen Europa- und Außenpolitik,
- Akquise geeigneter Referentinnen und Referenten und Assistenzen einschließlich der erforderlichen Vertragsverhandlungen, Vertragsschlüsse und Überwachung der Leistungen für die Einzelveranstaltungen,
- eigenständige Recherchen und fortlaufende Beobachtung der aktuellen europa- und außenpolitischen Entwicklungen inklusive transnationaler Migrationsentwicklungen,
- konzeptionelle (Weiter-)Entwicklung von zielgruppenadäquaten Veranstaltungsformaten auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse und Implementierung im Angebotsportfolio der SLpB, beispielsweise in Form von Einzelveranstaltungen, Reihen, Seminaren, Debatten oder Konferenzen im analogen und digitalen Raum,
- Bewirtschaftung der Haushaltsmittel im Verantwortungsbereich.

Voraussetzungen für die Tätigkeit sind:

- wissenschaftlicher Hochschulabschluss (Master, Magister oder Diplom), vorzugsweise in den Fachrichtungen Politikwissenschaften/Internationale Beziehungen, Geschichte oder verwandten geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern,
- umfangreiche Kenntnisse der deutschen Außenpolitik, der Außen- und Innenpolitik der Nachbarstaaten Sachsens Polen und Tschechien, sowie aktueller Trends in Europa,
- sehr gute Kenntnisse internationaler Politik, globaler wirtschaftlicher Trends und transnationaler Migrationsereignisse,
- breites Netzwerk in Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft mit Bezug zu Europa und der internationalen Politik,
- sehr gute Kenntnisse über die zentralen politischen und zivilgesellschaftlichen Akteure im europäischen und internationalen Kontext in Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland,
- sehr gute Kenntnisse der einschlägigen Forschung und Medienberichterstattung.

Folgende Kompetenzen sind darüber hinaus von Vorteil:

- Berufserfahrung in der Gestaltung von Lernumgebungen und Bildungsprozessen, idealerweise im Bereich der Erwachsenenbildung,
- Erfahrungen in der Planung und Organisation von Veranstaltungen,
- sehr gute Englischkenntnisse in Wort und Schrift und mindestens gute Kenntnis einer weiteren modernen Fremdsprache (z.B. Polnisch, Tschechisch, Französisch, Russisch),
- Erfahrungen im Umgang mit digitalen Vermittlungsformen,
- Erfahrungen im Umgang mit gängigen Evaluationsmethoden,

- Teamgeist, Flexibilität, Einsatzbereitschaft auch an Abenden und an Wochenenden zu arbeiten und ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein.

Die Stelle ist der zweiten Einstiegsebene der Laufbahngruppe 2 zugeordnet. Für Tarifbeschäftigte kommt bei Erfüllung der persönlichen Voraussetzungen eine Eingruppierung bis Entgeltgruppe 13 TV-L in Betracht; Arbeitsverhältnis und Vergütung richten sich nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder.

Bei gleicher Qualifikation werden Bewerbungen Schwerbehinderter bevorzugt berücksichtigt. Sie werden daher ausdrücklich aufgefordert, sich zu bewerben. Der Bewerbung ist ein Nachweis der Schwerbehinderung oder Gleichstellung beizufügen.

Die SLpB hat sich die Förderung von Frauen zum Ziel gesetzt. Frauen werden daher ausdrücklich aufgefordert, sich zu bewerben.

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass nur vollständige Bewerbungsunterlagen mit einem Nachweis des geforderten Bildungsabschlusses berücksichtigt werden können. Von der unaufgeforderten Zusendung von Eingangsbestätigungen und Zwischennachrichten wird abgesehen.

Interessentinnen und Interessenten, die bereits in einem Beschäftigungs- oder Beamtenverhältnis zum Freistaat Sachsen stehen, sollen ihre Bewerbung über die personalverwaltende Dienststelle auf dem Dienstweg einreichen. Bewerberinnen und Bewerber werden gebeten, bereits in der Bewerbung ihre Zustimmung zur Einsichtnahme in ihre Personalakten zu erklären.

Mit der Besetzung des vorgenannten Dienstpostens ist keine unmittelbare Beförderung verbunden. Für Bedienstete des Freistaates Sachsen ist die Tätigkeit im Wege einer Abordnung möglich. Tarifbeschäftigte erhalten für die Dauer einer Abordnung gegebenenfalls eine Zulage nach § 14 TV-L.

Datenschutzrechtliche Informationen nach Art. 13 und 14 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) sind auf der Internetseite des SMJusDEG (<https://www.justiz.sachsen.de/content/datenschutz.htm>) einsehbar.